
Für Sie in Berlin!

**Markus Grübel MdB berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche

- 1. Wir denken an die Opfer des Flugzeugabsturzes!**
- 2. Bürokratiebremse für die Wirtschaft – auch bei Mindestlohn!**
- 3. Einführung der Maut**

1. Wir denken an die Opfer des Flugzeugabsturzes

Wir alle sind bestürzt von dem Flugzeugabsturz der Germanwings-Maschine und den täglich neuen Meldungen bezüglich der Hintergründe! Es ist schwierig, bei dieser schlimmen Tragödie die richtigen Worte zu finden. Das Leid der Angehörigen und Freude muss unermesslich sein.

Zu Beginn der Plenarsitzung am letzten Donnerstag um 9 Uhr gedachte der Deutsche Bundestag der Opfer des Germanwings-Flugzeugabsturzes. In einer sehr bewegenden Rede erklärte Bundestagspräsident Norbert Lammert den Angehörigen und Freunden der Opfer unser Mitgefühl aus.

Aktuell wird täglich in den Medien intensiv über den Flugzeugabsturz berichtet und es kommen Forderungen auf, welche Lehren aus dem Vorfall zu ziehen sind. Im Zentrum steht vor allem die Frage, ob ein Pilot zukünftig noch allein im Cockpit sein darf oder stets ein Besatzungsmitglied einen Pilot, der kurz das Cockpit verlässt, ersetzen muss. Auch die Frage nach Änderungen der psychologischen Tests wird debattiert.

Ich denke aber, dass man jetzt nicht vorschnelle Entscheidungen treffen sollte. Zunächst sollte eine vollständige und lückenlose Aufklärung des Flugzeugabsturzes vorliegen, bevor über Konsequenzen entschieden wird.

2. Bürokratiebremse für Wirtschaft – auch bei Mindestlohn!

Bürokratie abbauen und den Verwaltungsaufwand möglichst gering halten - das fordert die Unionsfraktion schon seit langem. In dieser Woche hat das Bundeskabinett nun endlich das Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen.

Der Gesetzentwurf ist ein erster notwendiger Schritt, um Unternehmen von überbordender Bürokratie zu entlasten. Damit gehen wir einen ersten wichtigen Schritt, um vor allem den Mittelstand von überflüssiger Bürokratie zu befreien. Es ist insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen wichtig, dass unnötiger Verwaltungsaufwand vermieden wird. Denn nur so, kann ihre Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und damit der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt werden.

Nicht nur der Mittelstand – auch Existenzgründer und vor allem junge Unternehmer, die sich am Wirtschaftsstandort Deutschland etablieren wollen, profitieren von den geplanten Entlastungen. Wie kann übermäßige Bürokratie abgebaut werden? Die Lösung ist das sogenannte „one in–one out“-Prinzip. Das heißt konkret: Für jede neue Verordnung muss innerhalb von einem Jahr eine alte Verordnung abgeschafft werden. Diese Regel soll nun den von der Wirtschaft kritisierten Anstieg von Bürokratie stoppen. Ab Juli soll „one in – one out“ eingeführt werden.

Hintergrund: Der für Bürokratieabbau zuständige Normenkontrollrat hatte im Oktober 2014 festgestellt, dass die Folgekosten von Gesetzen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung innerhalb eines Jahres um 9,2 Milliarden Euro gestiegen seien. Die Kostentreiber, so der Normenkontrollrat damals, waren dabei insbesondere Neuregelungen im Zusammenhang mit dem Mindestlohn und den Finanzmärkten.

Im Zusammenhang mit dem Thema Bürokratieabbau müssen wir uns auch mit allen aktuellen Vorhaben, auch die aus der jüngeren Vergangenheit, befassen. Ich meine damit vor allem, die umfangreichen neuen Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten im Rahmen des Mindestlohngesetzes. Zu diesem Thema haben mich bereits mehrere Schreiben aus meinem Wahlkreis erreicht und ich kann den Unmut vieler Betriebe verstehen! Denn die mit den Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten verbundenen Bürokratiebelastungen treffen eben nicht nur die – wenigen – schwarzen Schafe in einigen Branchen, die den Mindestlohn nicht zahlen.

Sie treffen vor allem die hunderttausend mittelständischen Unternehmen in unserem Land, die ihre Mitarbeiter anständig entlohnen und trotzdem mit einem umfangreichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand konfrontiert sind.

Die CDU/CSU-Fraktion hat daher einstimmig einen Beschluss gefasst, wonach die Schwellenwerte für die Mindestlohndokumentationspflichten-Verordnung rückwirkend zum 1. Januar 2015 auf 1.900 Euro abgesenkt werden sollen. Für Arbeitsverhältnisse mit geringfügig Beschäftigten soll eine Dokumentationspflicht dann nicht bestehen, wenn ein schriftlicher Arbeitsvertrag vorliegt, aus dem sich der vereinbarte Stundenlohn und die Arbeitszeit eindeutig ergeben.

Die Unionsfraktion sammelt zudem weitere Problemfälle zum Mindestlohngesetz, um sie dem Bundesarbeitsministerium zeitnah zu übermitteln. Auf Anregung von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat so die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag in den letzten Tagen konkrete Beispiele von Unternehmen und Verbänden gesammelt, wo und in welcher Weise die Dokumentationspflichten bei der Umsetzung des Mindestlohngesetzes in der Praxis für Probleme sorgen.

Auch gegen den Widerstand unseres Koalitionspartners, werden wir an dem Thema dran bleiben!

3. Einführung der Maut

In zweiter und dritter Lesung haben die Koalitionsfraktionen die Einführung einer Abgabe für alle Nutzer der deutschen Bundesfernstraßen beschlossen und damit einen weiteren Punkt aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

Das Gesetz über die Erhebung einer zeitbezogenen Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen sieht vor, dass alle, die auf deutschen Fernstraßen unterwegs sind, künftig dafür zahlen müssen. Halter von Fahrzeugen, die im Ausland zugelassen sind, können im Internet oder an Tankstellen zwischen einer Vignette für zehn Tage, zwei Monate oder einem Jahr wählen.

Inländische Autobesitzer hingegen erhalten automatisch eine Jahresvignette, deren Kosten vom Kraftfahrt-Bundesamt abgebucht werden. Diese gilt auf Autobahnen und Bundesstraßen. Die Höhe der Abgabe beträgt maximal 130 Euro und richtet sich nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit. Für Halter von Pkw und Wohnmobilen entstehen jedoch keine Mehrbelastungen, da die entsprechende Summe über die Kfz-Steuer wieder zurückfließt.

Die Pkw-Maut ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur und bezieht nun endlich alle Nutzer der deutschen Autobahnen in deren Finanzierung mit ein.